

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshaus- und den Ausgabeorten 2 Mk. im Monat, bei Lieferung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Abzug. Wochensatz 12 Mk. für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 20 Pf. Wochensatz 12 Pf. für die Reichshaus- und den Ausgabeorten. — Abbestellung erfolgt nur, wenn Vorbestellung vorliegt.

Einzelpreis: Die Spezialreklamengruppe 20 Halbpennig, die Spezialreklamengruppe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die Spezialreklamengruppe im restlichen Teil 100 Halbpennig. Nachveröffentlichung 20 Halbpennig. Sonstige Reklamengruppen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Abbestellung erfolgt nur, wenn Vorbestellung vorliegt.

Nr. 73. — 84. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Botenfach: Dresden 2640. Freitag, den 27. März 1925

Chamberlain über Deutschland.

Im englischen Unterhaus hielt Chamberlain eine aufsehenerregende Rede, in der er die deutschen Vorschläge als geeignete Grundlage zur Sicherung des Weltfriedens bezeichnete.

Der 24. März dieses Jahres hat eine gewisse historische Bedeutung erhalten durch eine große Rede, die der englische Staatssekretär des Auswärtigen Anstons Chamberlain im Unterhause gehalten hat. Denn er hat die entscheidende Rede gehalten über das Problem der Sicherung, das die politische Seite des Verhältnisses der Kontinentalmächte zueinander darstellt, während die wirtschaftliche Seite, die Frage der Reparationen also, vorläufig geregelt ist. Entscheidend war die Rede vor allem deswegen, weil eine glatte Abgabe an das Streben der französischen Regierungen seit Clemenceau erfolgte, das dahin ging, ein Militärbündnis der größten Entente-Mächte gegen die Mittelmächte zustandzubringen und diesem Bündnis die Aufgabe zu stellen, alle Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie politischer Natur sind, vor allem also die Grenzfestsetzungen zu garantieren. Ein solches Bündnis lehnt Chamberlain endgültig ab. Und es war der Höhepunkt seiner Rede, als er, Chamberlain, erklärte, es sei für keine englische Regierung in Zukunft möglich, einen einseitig gegen Deutschland gerichteten Militärbündnis mit Frankreich oder Belgien abzuschließen; ständischer minütenslanger Beifall, bezeichnete er am lautesten bei der Opposition, also der Arbeiterpartei, billigte diese Erklärung, die Chamberlain nicht etwa nur von sich aus und nur etwa dem Unterhause gab, sondern die er bei seinem letzten Aufenthalt dem französischen Ministerpräsidenten persönlich gegenüber abgegeben hat. Damit ist der französisch-belgische Wunsch endgültig begraben und Chamberlain warf in dieses Grab gleichzeitig auch noch höchstförmlich das Ende vergangenen Jahres in Genf geborene Protokoll über die Sicherung und die Vermeidung künftiger Kriege.

Das zweite für Deutschland noch besonders Entscheidende aber war die weitere Erklärung, daß nun als einziger Gegenstand der Verhandlung die deutschen Vorschläge übrigbleiben, über deren Inhalt nun auf dem Wege über London auch die deutsche Öffentlichkeit das Wichtigste erfährt. Chamberlain bezeichnet den deutschen Vorschlag als einen außerordentlich ernst gemeinten, dafür, um einen besseren Zustand in Europa herbeizuführen. Deutschland habe sich aus eigenem Entschluß nicht nur bereit erklärt, die territorialen Verhältnisse im Westen freiwillig zu garantieren, sondern es habe auch Zusagen gemacht, die nur dahin ausgelegt werden könnten, daß Deutschland ausdrücklich den Krieg als Mittel ausschaltet, um im Westen oder Osten seine Grenzen zu verändern. Ferner habe Deutschland angeboten, durch einen umfassenden Vertrag dauernde gutnachbarliche Beziehungen zu Frankreich zustande zu bringen, habe sich bereit erklärt, einen weitgehenden Schiedsgerichtsvertrag einzugehen, außerdem, mit den am Rhein interessierten Mächten noch einen besonderen gegenseitigen Garantievertrag über die zurzeit geltenden territorialen Verhältnisse abzuschließen und als Ergänzung dazu noch ein Abkommen über die Ausführung der §§ 42-44 des Versailler Vertrages einzugehen. Schiedsgerichtsverträge mit allen Nachbarn an anderen Grenzen sollen dieses System einer friedlichen Vertragspolitik vervollständigen.

Diese Mittelungen über die weitgehenden Absichten der deutschen Regierung werden in Deutschland außerordentliche Beachtung finden. Chamberlain hat allerdings betont, daß das letzte Wort in allen diesen Dingen von Deutschland noch nicht gesprochen sein soll, daß eine bindende Form noch nicht vorhanden sei, vielmehr nur eine Diskussionsbasis. Immerhin wird man Deutschland auch dann, wenn aus der ganzen Sache nichts wird, nicht den Vorwurf machen können, daß es nicht weit entgegengekommen ist. Die Vorschläge bedeuten eine ausdrückliche Anerkennung des Versailler Vertrages, bedeuten ferner eine spezielle nochmalige Annahme der in den genannten Artikeln festgelegten militärischen Neutralisierung des linken Rheinflusses und der 50-Kilometer-Zone auf der rechten Rheinseite und bedeuten schließlich auch noch die von Chamberlain ausdrücklich unterstrichene Bindung an diese Bestimmungen im Interesse des Weltfriedens und damit einer auch von England ausdrücklich anerkannten Verpflichtung aller Entente-Mächte, im Falle eines Verstoßes Deutschlands gegen diese Bestimmungen militärisch vorzugehen.

Da nun von der Gegenseite über die deutschen Vorschläge schon so außerordentlich viel mitgeteilt worden ist, wird die deutsche Regierung wohl nun auch ihrerseits die Öffentlichkeit auch über die Einzelheiten unterrichten müssen und damit die Gelegenheit geben, Stellung zu den Vorschlägen zu nehmen. Hier sei nur die weltpolitische Seite der deutschen Aktion angedeutet. Herriots Versuch, vor dem allgemeinen großen Garantievertrag über die Neuordnung der Weltverhältnisse auf Grund des Versailler Vertrages Sonderabkommen zwischen den Entente-Mächten zu erzielen ist gescheitert, damit die geradlinige Politik aller französischen Ministerpräsidenten seit 1919, mochten sie politisch recht oder Unrecht haben. Damit ist aber auch die französische Sonderpolitik gegenüber Deutschland, wie sie kompromittiert im Nachhinein zum Ausdruck kam, nicht

Kein Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik.

Berlin, 26. März. Die „Zeit“ schreibt in ihrer Donnerstagsausgabe zu den Angriffen der „Berliner Börsenzeitung“ gegen die Außenpolitik Dr. Stresemann folgendes: Herr Dr. Desterreich glaubt, daß er die Zurückhaltung, die er sich bis jetzt in dieser Frage auferlegt hat, aufgeben müsse, nachdem der englische Außenminister Chamberlain in London über diese Frage gesprochen habe. Er behauptet, die deutsche Öffentlichkeit würde über die deutschen Vorschläge überhaupt nicht unterrichtet worden sein, wenn man nicht in England, Frankreich, Belgien und Italien darüber gesprochen hätte. Dr. Desterreich scheint nichts davon zu wissen, daß die Rede, die der Außenminister Stresemann vor dem Reichstag und dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gehalten hat, durch W.D. in großer Öffentlichkeit verbreitet worden ist und daß sie über diese Frage weit mehr Aufschluß gegeben hat, als es durch die Rede Chamberlains geschehen ist. Wenn Dr. Desterreich in seinem Aufsatz behauptet, daß die Erwartungen, die die deutsche Reichsregierung in bezug auf die Konsequenzen des Sicherheitspaktes hegte, Illusionen sein würden, wie beispielsweise die Räumung des Ruhrgebietes am 15. August, so dürfen wir gegenüber dieser Angewiesung darauf hinweisen, daß der französische Ministerpräsident Herriot noch in allerletzter Zeit wiederholt Veranlassung genommen hat, zu erklären, daß die französische Regierung selbstverständlich die in London getroffenen Vereinbarungen in bezug auf die Räumung des Ruhrgebietes am 15. August unbedingt einhalten werde. Von einem neuen Wechsel der deutschen Außenpolitik, der sich zu einem durchsichtigen Ereignis auswachsen mußte, könne bei den deutschen Anregungen ebenso wenig die Rede sein wie von einer Anerkennung des Versailler Vertrages und ein einziger Blick in die französische und polnische Presse könnten Herrn Dr. Desterreich davon überzeugen, wie wenig man an diesen Stellen in den deutschen Anregungen eine freiwillige Anerkennung der Ostgrenzen erblickt. Wie mitgeteilt, hat die deutsche Regierung ausdrücklich abgelehnt, in bezug auf die deutschen Ostgrenzen irgend eine Garantie zu übernehmen. Gerade diese Ablehnung ist, ebenso wie die Voraussetzungen, die die deutsche Regierung an ihren etwaigen Eintritt in den Völkerbund geknüpft hat, gegen heftige Angriffe nicht nur in Polen, sondern auch in Frankreich gestanden.

Der Temps warnt vor England.

Paris, 26. März. Der „Temps“ schreibt zu der Rede Chamberlains: Wir stellen zu unserem Bedauern fest, daß die britische Politik, indem sie seit fünf Jahren zum erstenmal ihre Entschlossenheit ablegte, sich nachdrücklich gegen Unterstufung und Solidarität der Alliierten ausgesprochen hat. Man ist in London davon überzeugt, daß die Rheingrenze den letzten Schutz für die britische Sicherheit bildet. Dieser Standpunkt Großbritan-

nien entspricht den Interessen Frankreichs und Belgiens. Doch lehnt die britische Regierung es entschieden ab, die Sicherungslinie durch ein Verteidigungsabkommen mit Frankreich und Belgien zu garantieren. England glaubt, trotz des Papierzeichens einer deutschen Unterschrift vertrauen zu können. Wir können diese Überzeugung nicht teilen, müssen aber dieser Tatsache künftig Rechnung tragen. Zum Schluß sagt das Blatt: Selbstverständlich müssen die deutschen Vorschläge mit großer Aufmerksamkeit geprüft werden, da man sich die Gelegenheit für einen dauerhaften Frieden nicht entgehen lassen darf. Daß aber die britische Regierung die deutschen Vorschläge bereits jetzt als eine brauchbare Grundlage für die Lösung aller Fragen ansieht, halten wir für eine große Unvorsichtigkeit, da Deutschland dem Völkerbund noch nicht beigetreten ist und noch nicht sämtliche Verpflichtungen erfüllt hat.

mehr möglich; warnend schloß Chamberlain seine Rede mit den Worten: daß es heute keinen Krieg mehr gebe, wenn England nicht wollte. Zweifellos hat er das gesagt im Hinblick auf die so eng gewordenen Beziehungen zwischen den beiden englisch sprechenden Weltmächten. Zusammengebrochen ist aber gleichzeitig auch der von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilte Versuch, auf dem Wege über den Völkerbund eine Änderung der weltpolitischen Konstellation herbeizuführen; dem alljährlich nach französischem Diktat riehenden Sicherheitsprotokoll versagt England die Genehmigung. Chamberlain spricht von einem neuen Zeitalter, das durch die deutschen Vorschläge eingeleitet sei und das gleichzeitig den Endpunkt fest hinter die Geschichte der letzten zehn Jahre. Die deutsche Regierung rechnet bei ihren Vorschlägen offensichtlich mit der Wirklichkeit. In dieser Wirklichkeit erblickt sie das Gebot, keine fruchtlosen Versuche auf Abänderung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnisse zu unternehmen. Die Politik der Schiedsgerichtsverträge hält sie für Deutschland, den macht- und waffenlosen Staat, als die einzig mögliche. Ob Aussichten auf Besserung jener Verhältnisse vorhanden sind, kann erst die Zukunft lehren. Das ist jedenfalls die Absicht, aus der die deutschen Vorschläge entsprossen sind; es wird noch zu prüfen sein, ob Inhalt und Form glücklich sind. Doch dazu bedarf es erst noch der Kenntnis der Einzelheiten.

Baldwin hofft auf baldige Einigung.

Nach Chamberlain sprach u. a. der englische Premierminister Baldwin. Er sagte, wenn Chamberlain mit seinen Bemühungen Erfolg habe, so werde es die Aufgabe Englands sein, Westeuropa den Frieden zu geben, der bisher noch nicht vorhanden gewesen sei. Es bestünde kein Zweifel darüber, daß die ungebührliche Anstrengung der Beilegung Deutschlands einen außerordentlich asiatischen Aufwand in Europa hervorzubringen

Mögliche Veröffentlichung des Kontrollberichts.

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“
London, 26. März. Im Unterhause wurde der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Mac Neill gefragt, ob Chamberlain und Herriot in Paris irgend welche Beschlüsse in der Frage der Veröffentlichung des Kontrollberichts der Militärkontrollkommission gefaßt hätten. Er entgegnete, daß keine Beschlüsse gefaßt worden wären, jedoch seien die Ministerpräsidenten grundsätzlich übereingekommen, wenn nötig, die genauen Begründungen zu veröffentlichen, auf die die verbündeten Mächte ihre Feststellung stützen, daß Deutschland sich gegen die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages vergangen habe.

Veröffentlichung der Gesehntwürfe über die Aufwertung.

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“
Berlin, 26. März. Der „Tag“ will wissen, daß das Kabinett beschlossen hat, die beiden Gesehntwürfe über die Aufwertung am Freitag der Öffentlichkeit zu übergeben. Es handelt sich um den im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesehntwurf über die Aufwertung der Anleihen und um den im Reichsjustizministerium ausgearbeiteten Gesehntwurf über die Aufwertung von Hypotheken.

Abküstung?

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“
Düsseldorf, 26. März. Das Militärkomitee verlangt vom Storting fünf Millionen Kredit für die Erweiterung der Landesverteidigung.

sonne, der allen Bemühungen um Heilmittel trohen würde. Aus diesem Grunde habe man die deutschen Vorschläge besonders begrüßt. Man könne auf baldige Einigung hoffen.

Der Aufwertungsplan der Reichsregierung

80 Millionen jährlich für Zinsen.
Der Aufwertungsplan der Reichsregierung steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Schon jetzt werden ein paar Grundzüge bekannt. An der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz wird festgehalten. Der Besitz an Kriegsanleihe, der vor dem 1. Januar 1920 erworben worden und dessen Existenz durch die Vermögenssteuererklärung vom 31. Dezember 1919 nachgewiesen ist, gilt schlechthin als alter Besitz. Was nach diesem Tage erworben worden ist, gilt ebenso absolut als neuer Besitz. Ausnahmen von der generellen Regel werden nur bezüglich mündelsicherer Anlagen, Kirchengelder und Wohlthätigkeitsfonds gemacht.
Die generelle Abwertung erfolgt auf 5 Prozent. Die Abwertung wird theoretisch auch auf den neuen Besitz vorgenommen, jedoch erfolgt eine Ausnahme des Zinsendienstes beim neuen Besitz erst, nachdem die sämtlichen Zahlungen auf die Reparationszahlungen geleistet sind.

Für die Verzinsung der alten Stücke wird eine jährliche Summe von 40 Millionen Mark im Budget zur Verfügung gestellt. Daraus folgt, daß die Festlegung der Zinsfußes für den alten Besitz nicht festgelegt ist, sondern sich nach den beiden Faktoren richtet: Summe des alten Besitzes und verfügbarer Betrag für die Zinsentlastung. Der Entwurf schlägt die effektive Verzinsung der neuen Stücke auf 5 bis 10 %. Da der Regierungsentwurf grundsätzlich den Antrag Best ablehnt, ist damit zu rechnen, daß aus den Parteien heraus der Antrag gestellt wird, den für die Verzinsung bestimmten Betrag auf jährlich 200